

Diese Vorschläge sind in der AG Bildung der Piratenpartei

- im Wiki: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bildung/Themen/Programmpunkte_zum_BPT2011
- auf Pads: zuletzt unter: <http://piratenpad.de/agbildung-17-10-2011>
- im Mumble: Raum Bildung und den thematischen Unterräumen
- In den Landesverbänden: siehe Zeilen ab 1a
- im LQFB: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/index/search.html?_webmcp_csrf_secret=ydTe224hP8wif0DycEWmhpEtlvNAr3OD&_webmcp_routing.default.mode=forward&_webmcp_routing.default.module=index&_webmcp_routing.default.view=index&search_for=global&search=bildung
- und auf der Mailingliste : <https://service.piratenpartei.de/mailman/listinfo/ag-bildung>

ausgearbeitet worden.

Die folgenden Vorschläge zu Programmpunkten sind entweder in der AG-Bildung selbst in den letzten Jahren thematisiert worden oder in den LVs der Länder erarbeitet und zum großen Teil bereits abgestimmt oder im LQFB2010/2011 abgestimmt und folgend entsprechend korrigiert worden. Die bisher verabschiedeten Landesprogramme Bildung enthalten Teile der Programmanschlüsse in derselben oder ähnlicher Textform und werden in den Bundesländern bereits vertreten.

Es sind Themen, die Bildung auf Bundesebene betreffen, oder zumindest deren Vertretung auf Bundesebene sinnvoll machen, da sie sowohl Landes- als auch Bundesrecht tangieren und bundesweite Themen aufgreifen.

Bitte tragt Euch als Unterstützer, Kritiker (im Pro-Contra Bereich), oder als thematischer Interessent auf den verlinkten Diskussionsseiten ein. So kann bereits vor der endgültigen Abstimmung über die Themen ein Meinungsbild entstehen.

Die Präambel enthält Erweiterungen zum bisherigen Grundsatzprogramm zum Kernthema Bildung der Piratenpartei. Das aktuelle Programm ist entsprechend "normal" dargestellt, .

Zur Abstimmung steht nur der fett gedruckte Text der eine Kennziffer trägt (und sie dazugehörenden neuen Überschriften im Gesamtprogramm)

- alle Themenkomplexe können entweder einzeln oder in thematischen Blöcken (Überschriften) gemeinsam abgestimmt werden
- B10 a/b kann alternativ oder gemeinsam abgestimmt werden

Die Inhalte wurden bis zum 1.11. 2011 aus den aktuellen Diskussionsplattformen übertragen und dann ins LQFB und die Antragsfabrik eingestellt

ERWEITERUNGEN FÜR DAS PARTEIPROGRAMM:

- Parteiprogramm unter: (<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Bildung>)

Präambel Bildung

""P003: ""--- ""Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft""

Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, ist nur mit mündigen, selbstbestimmten und aufgeklärten Bürgern möglich. Denn nur so können sie sich kritisch, wahrnehmungsorientiert und mit eigenen Erkenntnissen in die demokratische, politische Teilhabe einbringen. Es muss jedem Bürger ermöglicht werden, sich eine eigene, unabhängige Meinung zu bilden. Dabei formen Information, Wissen und Bildung durch Kommunikation die Grundlage unserer Gesellschaft. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildungsziele sind nicht nur in den Strukturen von Bildungsinstitutionen als Grundlage zum Wissenserwerb angelegt, sie müssen mit unserem Grundgesetz übereinstimmen. 'Unsere Politik soll Bildungsmöglichkeiten nicht nur zuteilen, sondern ihre Qualität gewährleisten.

""P004: ""---""Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsbegriff""

Die Piratenpartei bekennt sich zu einem umfassenden Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts. Sie differenziert zwischen der Bildung und der wirtschaftsorientierten Ausbildung in der deutschen Bildungslandschaft.

Eine gebildete Bevölkerung ist ein Gewinn für eine demokratische und soziale Gesellschaft, der weit über quantifizierbare Effekte reiner Arbeitsplatzorientierung hinausgeht.

Die soziale und kulturelle Herkunft sowie die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Elternhauses dürfen keinen Einfluss auf den individuellen Zugang zu Bildung haben.

Nur wenn allen Bürgern eine individuelle Förderung ermöglicht wird, können sich die Potenziale jedes Einzelnen entfalten.

Parteiprogramm Bildung

===Vorschläge als Erweiterung zum aktuellen Parteiprogramm===

(Neue Anträge fettgedruckt eingetragen Originaltext des Parteiprogramms in Normalfont):

• Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person. Dabei sollen die Belange des Lernenden im Vordergrund stehen.

Der freie Zugang zu Information und Bildung ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung notwendig, sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der deutschen Volkswirtschaft, da nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand auf Dauer gesichert werden können.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

""P006: ""--- ""Demokratisierung der Bildung""

Wir setzen uns für eine Demokratisierung der Schul- und Bildungslandschaft ein.

Wir setzen uns für die stärkere Beachtung der Persönlichkeitsrechte der Auszubildenden, Praktikanten, Trainees, Schüler und Studenten ebenso wie die der Lehrenden ein. Wir wollen die Demokratisierung des Bildungsbereichs auf allen Ebenen unter anderem durch weitergehende Rechte für die Schülermitverwaltungen und die Studentenschaften erreichen.

• Die öffentliche Bildungsinfrastruktur

Der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen ist im Interesse aller. Deshalb ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, in Form des Staates, eine leistungsfähige und ihrem Zwecke angemessene Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und frei zur Verfügung zu stellen. Private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich zu begrüßen, solange sie keinen Einfluss auf die bestehenden Lehrinhalte hat.

Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen. Aus diesem Grund ist auch die Lehrmittelfreiheit zu befürworten. Diese ist am besten dadurch herzustellen, dass die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen unterstützt und ausgebaut wird. Diese freien Werke sind nicht nur kostenfrei im Unterricht einsetzbar, sondern ermöglichen dazu dem Lehrenden ohne rechtliche Hürden die Lernmittel auf seinen Unterricht anzupassen.

""P007: ""--- ""Neutralität""

Private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich zu begrüßen, solange sie keinen ausschließlichen Einfluss auf die bestehenden Lehrinhalte hat.

Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden.

Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

Trotz des staatlichen Bildungsauftrages soll die Erziehung in Bildungseinrichtungen die Erziehung durch die Eltern nicht ersetzen. Zur umfassenden Bildung gehört, dass sich beide Formen der Erziehung gegenseitig ergänzen und fördern.

• Bildung als individueller Prozess

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. bei den sogenannten Kopfnoten lehnen wir ab.

Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

• Demokratisierung der Bildungseinrichtungen

Die Bildungseinrichtungen sind für die dortigen Schüler und Studenten ein prägender und umfassender Bestandteil ihres Lebens. Sie sind deswegen als Lebensraum der Lernenden zu begreifen, dessen Gestaltung und Nutzung ihnen stets offen stehen muss. Eine demokratische Organisation der Bildungseinrichtungen soll den Lernenden, genau wie den anderen Interessengruppen der Bildungseinrichtungen, eine angemessene Einflussnahme ermöglichen. Auf diese Weise werden demokratische Werte vermittelt und vorgelebt, die Akzeptanz der Entscheidungen erhöht, sowie das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Bildungseinrichtungen gestärkt.

• Bundesweite Bildungsstandards

""B000""---""Aufnahme des Rechts auf Bildung im Grundgesetz""

Die Piratenpartei spricht sich für eine Aufnahme des Rechts auf Bildung (analog dem §14 der EU Grundrechte-Charta) in das Grundgesetz aus.

""B001""---""Bildungsstandards""

Um die Vorteile des föderativen Schulsystems und eines zentralen Bildungssystems zu verbinden, fordern die Piraten mehr Richtlinienkompetenzen für den Bund.

Ziel ist die zeitnahe Umsetzung von bundesweiten Lernzielen als verpflichtende Bildungsstandards auf Bundes- und Länderebene.

Zur Gewährleistung der Standards übernimmt ein ausführendes Organ der Bundesregierung die qualitätsführende Kontrolle. Es sichert die Einführung einer zentralen Prüfungsstruktur und garantiert deren Umsetzung für alle Länder, sowie die Evaluation von Lehre und Gelerntem."

""B002""---""Positionspapier 2011.2""

Die Landesverbände der Piratenpartei bearbeiten landesspezifische Themen und schlagen konkrete Verbesserung für das jeweilige Bildungssystem vor. Dabei gibt es aber ein gemeinsames Ziel:

Erziehung und Bildung bei denen alle Schüler die gleichen Entwicklungschancen haben und eine notwendige Förderung erhalten - unabhängig vom Wohnort, sozialem, körperlichem oder intellektuellem Hintergrund.

Die Piratenpartei möchte den Stellenwert der Bildung in der Gesellschaft verbessern.

Die Verbesserungen beim Bildungssystem haben dabei immer die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Fokus.

• Frühkindliche Bildung

Die frühkindliche Bildung hat für die Ziele der Piratenpartei zentrale Bedeutung. Ihre Aufgabe ist es, alle Kinder - trotz bestehender Unterschiede - in den persönlichen Kompetenzen so zu fördern, dass sie unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft sowie ungeachtet möglicher körperlich oder seelisch bedingter Nachteile oder Entwicklungsverzögerungen mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

Die Piraten setzen sich deshalb für eine kostenlose und auf Wunsch ganztägige Betreuung in wohnortnahen (oder wahlweise arbeitsplatznahen) Kindertagesstätten mit sinnvollen Öffnungszeiten für Kinder...

**"" B012""---""Ergänzung im Text: Kostenloser Kindergarten- / Krippenbesuch""
"ab dem dritten Geburtstag" (soll gestrichen werden)**

...ein. Ziel der Piraten ist außerdem die Anerkennung eines konkreten Bildungsauftrags an Kindertagesstätten und die Finanzierung entsprechend der Regelung für Schulen.

• Betreuung

""B011""---""Familienfreundliche Ganztagsbetreuung""

Staatliche Bildungseinrichtungen sollen den Familien dabei helfen, die notwendige Flexibilität zu erreichen und den Anforderungen des Familien- und Berufslebens gerecht zu werden. Durch die flächendeckende Einführung eines freiwilligen und schulübergreifenden Ganztagsbetreuungskonzepts stehen Kindern und Familien Förderungsmöglichkeiten und Freizeitprojekte zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen, Jugendverbänden, Handel, Handwerk und Wirtschaft können zudem viele bisher außerschulische Aktivitäten integriert und somit allen Schülern zugänglich gemacht werden. Das Betreuungsangebot bietet neben Wahlfächern, Hausaufgabenbetreuung und individueller Förderung ein möglichst breites Angebot an kulturellen oder sportlichen Tätigkeiten und sozialer Orientierung.

""B031""---""Schulspeisung""

Eine gesunde Ernährung ist aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig. Schulspeisungen können dazu beitragen, dass sich Kinder im Alltag ausgewogen ernähren. Wir fordern daher die Einführung vollwertiger Schulspeisungen an allen Schulen, Kindertagesstätten und Ganztagsangeboten. Die Finanzierung dieser Schulspeisungen ist so zu gestalten, dass alle Schüler unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie diskriminierungsfrei daran teilnehmen können. Bei der Planung ist zu berücksichtigen, dass langfristig eine vollständig kostenfreie Schulspeisung zu gewährleisten ist.

""B008"" --- ""An den Erziehungs- und Lehrbereich angepasster Betreuungsschlüssel""

Wir fordern einen Betreuungsschlüssel, der einen verbesserten Unterricht sowie eine individuelle Betreuung zum Ziel hat. Dazu gehört die Schaffung neuer Betreuungs- und Lehrstellen und eine angemessene Fort- und Weiterbildung von Lehrern und Betreuern. Wir streben die verbindliche Umsetzung der für die bestmögliche Förderung notwendigen Betreuungsschlüssel im Bildungswesen bis zum Jahr 2021 an. Die notwendigen Betreuungsschlüssel ergeben sich aus den aktuellen psychologisch-pädagogisch und soziologisch anerkannten internationalen und nationalen Bildungsstudien für die entsprechenden Lerngruppen.

• Schule

""B004"" ---"Schulen demokratisieren"

Selbstbestimmung an der Schule durch das Lehrerkollegium und ein Mitbestimmungsrecht der Schüler schafft faire Arbeitsstrukturen. An die demokratischen Entscheidungen des Kollegiums ist nach unserer Konzeption auch der Rektor gebunden. Die Schülermitverwaltung muss in Schülermitbestimmung umgestaltet werden, um eine Teilhabe an Entscheidungen zu ermöglichen.

""B030"" ---"Persönlichkeitsrechte der Schüler und Lehrer achten"

Die Privat- und Intimsphäre sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Schülern und Lehrern müssen gewahrt bleiben. Videoüberwachung und private Sicherheitsdienste haben keinen Platz in Schulen. Präventive Durchsuchungen und Kontrollen oder Urinuntersuchungen sind zu unterlassen. Die Unschuldsumutung gilt auch für Schüler. Diese unter Generalverdacht zu stellen, zerstört das Vertrauen zu Schule und Lehrern, ohne welches Unterricht und Erziehung nicht möglich sind.

""B009"" ---"Variable Schulsysteme"

Alternative Schulkonzepte, auch auf kommunaler Ebene, und in privater Trägerschaft müssen genehmigungsfähig werden und parallel zu den bisherigen Schulformen existieren dürfen. Den Schulen ist hier auf Wunsch von Eltern, Schülern und Schulträgern durch eine entsprechende Reform der Schulgesetzes mehr Mitsprachemöglichkeit einzuräumen.

Der Bund garantiert den Bürgern aller Ländern: die Orientierung an Bundesbildungsstandards und frei wählbare Schulformen.

Schulträger können sich zur Erreichung der bildungspolitischen Zielsetzungen, besserer Schulformen und verbindlicher bundesweiter Bildungsstandards auf Wunsch zu gemeinsamen Trägerschaften zusammenschließen.

""B010""---"Schultypübergreifendes Kurssystem -modulares Schulsystem"

a) - Die Piratenpartei unterstützt die Vielfältigkeit der Bildungslandschaft in Deutschland. Ein gleichberechtigte Existenz von ein- und mehrgliedrigen Schulsystemen sowie von alternativen Modellen wird angestrebt.

Maßgeblich hierfür ist die Orientierung der Bildungsinstitutionen Deutschlands an einem "bundesweiten Bildungsstandard" und zentraler Evaluation für alle Bildungsinstitutionen.

Die Piratenpartei fordert das staatliche, freie Bildungsangebot für jeden Bürger in einem "einzügigen 10jährigem Schulsystem" das durch das modularisierte Kurssystem und die Gleichberechtigung der Angebote unterstützt wird.

b) - Alternative Formen von "schultypübergreifenden modularen Schulsystemen" sollen sich in Zukunft durchsetzen, um in jeder Region Deutschlands die

Das Bildungsangebot wird im Endeffekt bundesweit vergleichbar sein und die erreichten Lernziele bundesweit anerkannt werden.

So kann es auch vom Standort der Wohnung unabhängig genutzt und in verschiedenen Bundesländern in gleichbleibender Qualität erworben werden.

""B026""---" Differenziertes, integriertes Kurssystem"

Die bisherige Unterteilung in Schularten und Klassenstufen ist zu unflexibel, um auf die Leistung der Schüler eingehen zu können – verfehlt ein Schüler in einem Fach die angeforderte Leistung, müssen alle Fächer wiederholt werden, erbringt er geforderte Leistungen schneller, hat er keine sinnvolle Möglichkeit, seine schulische Laufbahn zu beschleunigen.

Wir fordern daher die Einführung eines differenzierten, integrierten Kurssystems in den Regelschulunterricht. Die Schüler können hier in flexibler Reihenfolge Kurse in den unterschiedlichen Gebieten belegen. Der Lerninhalt setzt sich dabei aus Pflicht- und Wahlkursen zusammen. Anstelle der Wiederholung einer ganzen Klassenstufe tritt hier bei unzureichenden Leistungen die Wiederholung – gegebenenfalls auf einem anderen Niveau oder mit anderen Fördermöglichkeiten – des entsprechenden Kurses. Mit diesem neuen Standard wollen wir den individuellen Lerntypen und Neigungen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden.

Unser Ziel ist die gemeinsame Förderung schwächerer und leistungsstärkerer Schüler.

""B007""---" Kernkompetenz - "Lebenskunde"

Die Kernkompetenz soll flächendeckend, aber unbenotet an allen Schulen des Bundes ab 2013 eingeführt werden.

Im neu zu schaffenden Lernziel Lebenskunde werden Schüler darauf vorbereitet, ihr Leben selbstbestimmt und verantwortlich individuell gestalten zu können. Der Unterricht wird unter anderem Wissen über Kommunikationsstrukturen, Geschichte, Soziologie, Philosophie, Ethik, Gesundheit, Ernährung, Verkehrsverhalten und Selbstsicherheit, anhand von aktuellen Themen der Gesellschaft und individuellen "Geschichten und

Problemsituationen" vermitteln. Es ist als praktisch orientiertes Lernziel mit theoretischem Hintergrundwissen angelegt. Die Kooperation mit Organisationen im thematischen Umfeld und von fächerübergreifenden Projekten wird angestrebt.

""B027""---"" Einbeziehung von Fachleuten in den Schulunterricht"

Wie schon in Berufsschulen üblich, sollen Fachleute in allen Schularten in stärkerem Maße als bisher in den Schulunterricht einbezogen werden – nicht nur für Gastvorträge, sondern auch als quereinsteigende Fachleute mit pädagogischer Eignung und Zusatzausbildung. Bei Auswahl und Fortbildung dieser Experten ist darauf zu achten, dass der Unterricht in der Schule weltanschaulich neutral bleibt.

• Hochschule

""B025""--- "Beibehaltung der flexiblen Ausbildungs- und Hochschulstruktur"

Traditionelle Ausbildungen, Universitäten, duale Hochschulen, Fachhochschulen und viele andere Weiterbildungsmöglichkeiten bieten eine Vielfalt an unterschiedlichen Ausbildungswegen, Schwerpunkten, Inhalten und Lehrmethoden. Der derzeitige berufsorientierte Umbau der Universitäten ist nicht nur zu ihrem Schaden, sondern auch zum Nachteil der anderen Bildungseinrichtungen. Wir wollen die Vielfalt und Flexibilität im Weiterbildungssystem zum Nutzen von Gesellschaft, Forschung, Lehre und Wirtschaft erhalten.

""B024""--- "Familienfreundliche Hochschulen"

Hochschulen sollen familienfreundlicher gestaltet werden. Dies betrifft sowohl die Arbeit in Forschung, Lehre und Verwaltung als auch das Studium. Eine akademische Karriere muss parallel zur Kindeserziehung möglich sein. Hierzu sollen verstärkt Teilzeitstellen angeboten werden – gerade auch für Professoren, Doktoranden und den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Parallel dazu muss die Kinderbetreuung an Hochschulen ausgebaut werden, so dass für alle Kinder von Studierenden oder Angestellten der Universität Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

""B013""--- ""Restrukturierung des Bologna-Prozesses""

Es ist wichtig, eine internationale Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen zu erreichen, wie sie beispielsweise durch die Lissabon-Konvention des Bologna-Prozesses angestrebt wird.

Doch wir fordern die Rückkehr zu einem selbständigen Studium.

Die gegenwärtige Verschulung der Universitäten muss möglichst vollständig rückgängig gemacht werden, jedoch ohne dabei die internationale Vergleichbarkeit zu gefährden.

Der Bologna-Prozess muss entsprechend reformiert und umgestaltet werden. Jedem Bachelor Absolventen muss ein Master-Studienplatz zustehen. Die Manifestierung von Bachelor und Masterstudiengängen in Deutschland darf nicht zum Erlöschen der Diplom- und Magisterabschlussmöglichkeiten an den Universitäten führen.

""B017""--- "" Abschaffung von Studiengebühren""

Jeder Mensch hat das Recht auf die Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und kulturelle Betätigung. Finanzielle Zusatzbelastungen halten vom Studieren ab. Wir wollen daher die Abschaffung der Studiengebühren und weiterer finanzieller Zusatzbelastungen für Studierende wie Verwaltungsgebühren, um barriere- und kostenfreie Bildung für alle zu realisieren. Die Regierung muss dafür Sorge tragen, dass den Universitäten und studentischen Organisationen auch ohne Studiengebühren eine ausreichende finanzielle Basis haben, den Hochschulbetrieb aufrechtzuerhalten.

""B038""--- "" Demokratie - Verfasste Studierendenschaften""

Seit dem Jahr 1977 sind die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studenten in Baden-Württemberg und Bayern durch die damalige Abschaffung der Verfassten Studentenschaften im Rahmen der Terrorgesetzgebung massiv eingeschränkt.

Wir unterstützen die bundesweite Wiedereinführung dieses demokratischen Hochschulorgans.

Die bundesweite Gleichbehandlung deutscher Studenten ist eine Basis an der Teilhabe des demokratischen Bildungsprozesses für alle Studenten in den Hochschulen Deutschlands.

""B028""--- "Gleiche Berufschancen im Lehrer- und Dozentenbereich"

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt schleicht sich eine Zweiteilung im Bereich der Bildungsvermittler ein: Auf der einen Seite stehen gut abgesicherte Beamte auf Lebenszeit, auf der anderen Seite billige Honorarkräfte, die in den Schulen große Teile des Nachmittagsunterrichts und der Betreuung übernehmen oder an den Hochschulen als Lehrbeauftragte in vielen Bereichen dafür sorgen, dass überhaupt noch ein ausreichendes Lehr- und Betreuungsangebot vorhanden ist.

Wir setzen uns dafür ein, den Beamtenstatus im Bildungsbereich abzuschaffen und auf gleichberechtigte und faire Arbeitsbedingungen für alle Lehrenden im Schul- und Hochschulbereich hinzuwirken.

• Erwachsenenbildung - Lebenslanges Lernen

"B034"--- "Lernen ist ein lebenslanger Prozess, dem Rechnung getragen werden muss.

Dafür ist es notwendig, Freiräume und Angebote zu schaffen, um in jedem Lebensabschnitt an Bildung zu partizipieren"

Piraten sehen die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Pflicht, lebenslanges Lernen durch Bereitstellung von kostenfrei zugänglichem Lehrmaterial für Standardabschlüsse und Zertifizierungen zu fördern. Ein Angebot an thematischen Kursen des Bildungssystems zu allgemeinbildenden und fortbildenden Kursinhalten ist jedem Bürger bis zur abgeschlossenen Ausbildung frei bereitzustellen"

"B035"--- "Den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten kommt eine wichtige Rolle als Produzent und Anbieter von Materialien zur Unterstützung von Lerninhalten zu"

"B036"--- "Die Erwachsenenbildung wird gestützt durch die lebenslange Gültigkeit eines freien Portfoliobudgets. Wenn die Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung in der Jugend nicht genutzt wurde oder das Bildungsportfolio noch nicht ausgenutzt wurde, können alle zentralen Abschlüsse und Kurseinheiten auch im späteren Alter frei genutzt werden, Fördermöglichkeiten und Weiterbildungsangebote müssen auch wohnortnah oder alternativ über das Internet ermöglicht werden."

• Barrierefreies Lernen

"B016"--- "Inklusion bundesweit"

Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung wirkt sich, wie internationale Studien beweisen, auf den Lernerfolg beider Gruppen positiv aus. Deshalb wollen wir das hierzulande betriebene Modell der Sonderschule so weit wie möglich verlassen und eine Schule für alle ermöglichen. Dies erfordert unter anderem bauliche Maßnahmen zum barrierefreien Zugang an Schulen, die bundesweit gefördert werden.

• Medienkompetenz

Das Finden, Verstehen, Bewerten und Verbreiten von Informationen in unterschiedlichsten Darstellungen wird in Zukunft immer wichtiger. Die Menge der frei verfügbaren Information ist bereits seit einigen Jahren größer, als sie ein einzelner Mensch vernünftig verarbeiten kann. Dementsprechend kommt der halbautomatischen Auswahl von Information - und dadurch dem Verständnis derselben - eine zunehmende Bedeutung zu. Das Verständnis der gefundenen Information wird einerseits durch die größere kulturelle Entfernung zu einigen der Autoren erschwert, gleichzeitig ergibt sich durch schnelle und umfangreiche Online-Nachschlagewerke die Möglichkeit, unbekannte Termini in Sekundenbruchteilen nachzuschlagen. Ein immer größerer Teil des zum Verständnis nötigen Wissens wird also nicht durch Allgemeinbildung geliefert, sondern bei Bedarf erworben.

Der Bewertung von Informationen kommt in einer Zeit, da die Verbreitung derselben faktisch kostenlos ist, eine große Bedeutung zu. Jede fähige Interessengruppe ist bemüht, ihre eigene Sicht der Welt auf so vielen Informationskanälen wie möglich zu verbreiten. Durch die vernachlässigbaren Kosten gelingt dies in einem viel größeren Maße als früher. Gleichzeitig wandelt sich die klassische journalistische Medienlandschaft, so dass einige der Aufgaben, die früher von professionellen Journalisten erledigt wurden, nun von jedem einzelnen Leser geleistet werden müssen. Noch dazu kommt, dass die natürliche Heuristik, einigen Darreichungsformen von Informationen mehr zu vertrauen als anderen, inzwischen durch Fortschritte in der Bild- und Videobearbeitung fast nutzlos geworden ist. Die (Werbe-)Psychologie arbeitet aktiv daran, Menschen auch unterbewusst zu beeinflussen. Hier muss Medienkompetenz auch für Musik sowie olfaktorische Reize geübt werden.

Erweitertes Bildungsangebot zu Medienkompetenz

""B003""---""Medienkompetenz - Kernkompetenz menschlicher Kommunikation""

Medienkompetenz ist, im Blick auf neue Medien, eine Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts Sie stellt für alle Lebensbereiche eine grundlegende Bedeutung dar.

Die Piratenpartei fördert Medienkompetenz fächerübergreifend für den Schul-, Erziehungs, Lebens- und Kulturbereiche.

Medienkompetenz tangiert die sozialen Fähigkeiten und Strukturen aller Bürger und ist entsprechend im Bundesprogramm der Piratenpartei als Kernkompetenzmodell für Erziehung, Schule, Fortbildung und Soziales, mit der Förderung der gleichberechtigten Bereiche: Medienwissen, Medienhandeln und Medienbewertung enthalten.

""B018""---""Medienkompetenz - Bestandteil des Bildungssystems""

Internet und moderne Medien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir möchten, dass staatliche Bildungseinrichtungen auch auf diese Veränderungen reagieren und wollen daher die fächerübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bildungs- und Erziehungsbereichen umsetzen.

Medienkompetenz muss in der Ausbildung von allen Erziehungs- und Lehrberufen als pädagogische Grundlage verankert werden. Zudem soll „Medienverantwortung“ in den Pflichtbereich der Schulen aufgenommen werden.

""B005""--- ""Medienkompetenz - Beratungsangebote""

Die Piratenpartei unterstützt die Verankerung festangestellter Medien- und Informationstechnischer pädagogische Berater]", als zusätzliches Beratungsangebot in allen Bildungsinstitutionen in Deutschland. Dieser Dienst soll auch von ratsuchenden Eltern beansprucht werden dürfen und zur öffentlichen Fortbildung beitragen.

""B0034""--- ""Medienkompetenz als Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks""

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss entsprechend seines staatlichen Bildungsauftrags zum Bildungsangebot im Rahmen der Aufklärung, Hilfestellung und kritischen Reflexion der Medienlandschaft, des Medienhandelns und der Mediennutzung beitragen.

B014""---Bildungsangebote ""Medienkompetenz"" für Lehrer, Erzieher und Eltern""

""Im Bereich Medienkompetenz und Pädagogik besteht ein bundesweiter Bedarf an Weiterbildung für Lehrer. Das Aus- und Fortbildungsprogramm von Lehramtskandidaten, langjährigem Lehrpersonal und Erziehern wird um den Pflichtbereich ""Medienkompetenz"" erweitert.""

""Zudem sollen pädagogisch betreute Angebote geschaffen werden, bei denen Eltern gemeinsam mit ihren Kindern (jedes Alters)an das Thema Mediennutzung herangeführt werden.""

• Lehrmittel - Informationssysteme

""B019"" ---""Einsatz von freier Software und Lehrmitteln unter freien Lizenzen""

Wir wollen erreichen, dass an Bildungseinrichtungen vermehrt Lehrmittel mit freien Lizenzen und kostenlose Online-Angebote verwendet werden. Dies trägt nicht nur zur Kostensenkung bei, sondern auch dazu, dass die Lehrmittel von den Lehrenden nach Bedarf erweitert und verändert werden können. Zudem setzen wir uns für den Einsatz von freier Software an Schulen ein. Diese kann von den Kindern auch zuhause kostenfrei benutzt werden.

""B032"" ---""Freien Zugang zu Informationssystemen

Die Piratenpartei unterstützt den freien Zugang zu Informationssystemen als Basis der freien Meinungsbildungsmöglichkeit jedes Bürgers.

So ist der Zugang zum Internet und allen gesellschaftlich verfügbaren Medienstrukturen für alle Bürger bundesweit zu gewährleisten.

Im Bereich der Bildung sind flächendeckend in allen Institutionen Möglichkeiten zu schaffen, damit Lehrer, Betreuer, Schüler und Kinder an diesen Informationssystemen teilhaben können. Lehrer und Betreuer fördern den Prozess der pädagogisch-psychologische altersentsprechenden Handhabung der Informationssysteme bei Kindern, Schülern und Eltern.

• Finanzierung von Bildung und Erziehung

""B020"" ----"Finanzierung des Bildungswesens"

Die Piratenpartei vertritt das Ziel, die Finanzierung des Bildungswesens in Deutschland über die Anpassung des Bildungsetats nach weltweitem durchschnittlichen Mindestsatz von 15% am Bruttoinlandsprodukt zu orientieren und in zeitnaher Form umzusetzen.

Die Piratenpartei unterstützt die derzeitigen Bestrebungen des Bundesbildungsplans und der Pläne des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu einer Steigerung des Bildungsetats auf 10% vom BIP bis zum Jahr 2015 als ersten Schritt der Umsetzung (von derzeitigen 2,9%, die unterhalb des Europasolls sind).

""B015"" ----"Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern"

Von Erziehern und Betreuern im vorschulischen Bereich wird immer mehr gefordert. Die Bezahlung sowie Aus- und Fortbildung dieser für die Entwicklung der Kinder so wichtigen Pädagogen ist den neuen Anforderungen und der erhöhten Belastung anzupassen.

• Qualitätssicherung von Bildung

""B021"" ----"Fortbildung von pädagogischen Fachkräften"

Lehrer und Erzieher in Deutschland sind zu regelmäßiger Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen verpflichtet, um die Qualität von Bildungsinhalten und deren Aktualität für unsere Kinder zu gewährleisten.

Die Piratenpartei strebt eine bundesweite Regelung an, welche die Aufnahme des Rechts und der Pflicht auf Fortbildung im Arbeitsvertrag von Lehrern und Erziehern mit einem Turnus über 2 Jahre festschreibt.

Die Möglichkeit zur Fortbildung (ohne Freizeit- oder Lohnkürzung) muss den Arbeitnehmern durch den Arbeitgeber vertragsrechtlich im Arbeitsvertrag gewährleistet werden.

""B022"" ----"Der Beamtenstatus von Lehren soll aufgehoben werden."

Neueinstellungen von Lehrern sollen im Angestelltenverhältnis vorgenommen werden.

Neueinstufungen der Leistungsbezüge werden entsprechend der Evaluationsergebnisse zur Qualität von Lehre und Betreuung und bei regelmäßiger Fortbildung vorgesehen.

""B023"" ----"Regelmäßige Evaluation pädagogischer Fachkräfte"

Zur Wahrung der Qualität der Lehre und Erziehung, und um Mobbing, Missbrauch und ungerechte Behandlung einzelner Kinder, Schüler oder Jugendlicher vorzubeugen ist eine regelmäßige Evaluation des Erziehungs- und Lehrpersonals durchzuführen.

Der Turnus der Evaluation sollte 2 Jahre nicht übersteigen.

""B029"" ----"Pädagogisch-psychologisches Fachpersonal an jeder Schule"

Die ausreichende Anzahl an Schulsozialarbeitern, psychologischen Beratern und pädagogischen Betreuern an deutschen Schulen muss flächendeckend gewährleistet sein.

Mindestens ein pädagogisch-psychologischer Berater sollte vor Ort pro Bildungsinstitution für Lehrer und Schüler zur Verfügung stehen.

Chancengleichheit und Qualitätssicherung im Bildungssystem

- *Q01 Chancengleichheit und Qualitätssicherung - Leitlinie*
- *Q02 Kompensatorische Maßnahmen für Chancengleichheit und individuelle Förderung*
- *Q03 Personale Weiterbildung und kollegiale Qualitätsentwicklung in Vorschulen und Schulen*
- *Q04 Nachhaltige Kernlernziele mit optionalen Erweiterungen zur Förderung autonomen und fokussierten schulischen Lernens*
- *Q05 Orientierung an Kernlehrzielen für eine bessere Vergleichbarkeit schulischer Bildungsabschlüsse*

• Gesamttext der Anträge Q:

- ab Zeile 998
- oder in der Antragsfabrik Antrag 146-150, sowie im Wiki
- http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bildung/Themen/Programmpunkte_zum_BPT2011#Antr.C3.A4qe_Chancengleichheit_und_Qualit.C3.A4tssicherung_im_Bildungssystem

---Ende der bisherigen Programmerweiterung---
